

Antrag

der Abgeordneten Heike Hänsel, Dr. Alexander S. Neu, Michel Brandt, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Dr. Gregor Gysi, Andrej Hunko, Zaklin Nastic, Tobias Pflüger, Eva-Maria Schreiber, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

75 Jahre Vereinte Nationen – Abrüstung, Friedensdiplomatie und Armutsbekämpfung verstärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Vor 75 Jahren, am 24. Oktober 1945, trat die Charta der Vereinten Nationen (UNO) in Kraft. Die UNO wurde infolge des Zweiten Weltkrieges, der vom faschistischen Deutschland begonnen worden war, gegründet. Dieser Krieg kostete mehr als 65 Millionen Menschen das Leben. Er hatte in bislang beispiellosen Vernichtungsfeldzügen Deutschlands gegen die Sowjetunion und Japans gegen China gegipfelt. Dem rassistischen Vernichtungswahn des deutschen Faschismus fielen über sechs Millionen Jüdinnen und Juden zum Opfer. Die Gründung der UNO richtete sich unmittelbar gegen Angriffskriege und die faschistische Bedrohung. Sie sollte eine Plattform bilden, um Frieden und Sicherheit, soziale Entwicklung und Menschenrechte zu befördern und die Eskalation möglicher künftiger Konflikte einzudämmen und damit, so die Charta: „künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren“.
2. Von vielen Gründungszielen ist die UNO auch heute noch weit entfernt. Das betrifft die Frage des Weltfriedens wie auch die Frage des sozialen Fortschritts, dessen Beförderung ein erklärtes Ziel der UNO bei ihrer Gründung war. Millionen Menschen haben auch nach 1945 in Kriegen ihr Leben oder ihre Heimat verloren. Fast 700 Millionen Menschen sind aktuell von Hunger betroffen. Es bedarf auch einer Reform der UNO selbst, um ihre Gründungsziele zu erreichen. Während die Kosten für UNO-mandatierte Militärmissionen ständig gestiegen sind, fehlen die notwendigen Mittel für das Welternährungsprogramm und die Weltgesundheitsorganisation. Während in der UNO in den letzten Jahren immer neue Strukturen geschaffen wurden, die die Einsätze von Militärmissionen logistisch unterstützen, bleiben die wirtschaftspolitischen Kompetenzen unterentwickelt, wie etwa der Wirtschafts- und Sozialrat der UNO (ECOSOC). Der globale Süden ist im UN-Sicherheitsrat nicht angemessen vertreten.

3. Ungeachtet dessen gingen von der UNO im Jahr 2020 wichtige friedenspolitische Impulse aus, die die Bundesregierung aufgreifen muss:

Der UNO-Generalsekretär, Antonio Guterres, hatte am 23. März 2020 alle Kriegsakteure zu einem globalen Waffenstillstand aufgerufen. Vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie wiederholte er am 3. April 2020: „In diesem kritischen Moment bekräftige ich meinen Appell an die bewaffneten Akteure in aller Welt, die Waffen ruhen zu lassen. Gemeinsam müssen wir daran arbeiten, friedlichere, widerstandsfähigere und wohlhabendere Gesellschaften aufzubauen.“ Anlässlich der UN-Generaldebatte erneuerte Guterres am 12. Oktober 2020 seinen eindrücklichen Appell an die Weltgemeinschaft nach einer globalen Waffenruhe.

Die Menschenrechtskommissarin der UNO, Michelle Bachelet, hatte am 24. März 2020 dazu aufgerufen, alle Wirtschaftssanktionen zu beenden, um allen Ländern zu ermöglichen, auf die COVID-19-Pandemie zu reagieren: „Mit Blick auf die explosiven Konsequenzen wie Todesfälle, Leid und weitere Ansteckungen ist es lebensnotwendig, dass der Zusammenbruch von Gesundheitssystemen in allen Ländern vermieden wird.“

Am 9. Oktober 2020 gab das Nobel-Komitee bekannt, den diesjährigen Friedensnobelpreis 2020 an das Welternährungsprogramm der UNO zu verleihen. Damit wird der unermüdliche Kampf gegen den Hunger gewürdigt, der zugleich ein zentraler Beitrag für die Bekämpfung von Konflikursachen darstellt. Das Welternährungsprogramm unterstützt fast 100 Millionen Menschen in 88 Ländern. Mit der Nobelpreisverleihung wird der Zusammenhang zwischen dem Recht auf Nahrung und Frieden sichtbar gemacht. Zudem fordern die 2015 von der UN-Generalversammlung verabschiedeten „nachhaltigen Entwicklungsziele“ (SDG), unter anderem den Hunger auf der Welt bis 2030 endgültig auszuradieren.

4. Leider werden von maßgeblichen Staaten die friedenspolitischen Impulse nicht aufgegriffen, im Gegenteil:

Die weltweiten Militärausgaben haben im Jahr 2019 die Rekordhöhe von 1.900 Mrd. US-Dollar erreicht, dies wird sich auch in 2020 fortsetzen. Auch die Bundesregierung erhöht ihren Verteidigungsetat im kommenden Haushalt erneut um 3 Mrd. Euro auf nunmehr 53 Mrd. Euro. Die UNO haben bislang auf eine Initiative, Rüstungsexporte, die weltweit Tod, Elend und Flucht befördern, zu verbieten, verzichtet. Die USA haben sich seit der Jahrtausendwende aus fünf völkerrechtlichen Abkommen zu Abrüstung und Rüstungskontrolle zurückgezogen und damit die Welt erheblich unsicherer gemacht. Damit droht eine neue Runde atomarer Aufrüstung.

Infolge der Corona-Krise geht die weltweite Wirtschaftsleistung nach Schätzung des Internationalen Währungsfonds (IWF) um 4,4 % im Jahr 2020 zurück, Arbeitslosigkeit, Armut und Perspektivlosigkeit werden zunehmen. Und auch die Zahl der Menschen, die hungern, könnte wieder steigen. Die UNO warnte, dass infolge der Corona-Krise zusätzlich bis zu 132 Millionen Menschen von Hunger bedroht seien. Vor der Corona-Krise waren 690 Millionen Menschen betroffen. Doch das UNO-Welternährungsprogramm ist chronisch unterfinanziert, muss immer wieder Kalorien-Rationen reduzieren. Nach Schätzungen von Experten benötigt das Welternährungsprogramm in den nächsten Monaten 5 Mrd. US-Dollar.

5. Nach der Weltfinanzmarktkrise von 2008 hatte die UNO ein Expertengremium unter der Leitung von Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz einberufen, das Vorschläge für die Überwindung der Krise und für die Neuaufstellung der globalen Wirtschafts- und Finanzarchitektur formulierte. Ein Vorschlag der Stiglitz-Kommission war die Einrichtung eines globalen Wirtschaftsrats unter dem Dach der UNO, der das Ziel einer sozial und ökologisch nachhaltigen Globalisierung,

wirtschaftliche und finanzpolitische Stabilität und die Bekämpfung sozialer Ungleichheiten umsetzen sollte. Dieser und andere Vorschläge der Stiglitz-Kommission, wie die Einrichtung neuer, vom IWF und seinen neoliberalen Auflagen unabhängigen Kreditfazilitäten und eines neuen Währungsreservesystems, müssen wieder auf die weltpolitische Tagesordnung, wenn die Weltwirtschaft nach der COVID-19-Pandemie gerechter und nachhaltiger organisiert werden soll.

6. Es ist höchste Zeit, dass die Regime-Change-Politik des Westens gegenüber anderen Staaten als Bruch der UNO-Charta geächtet wird. Wer durch Drohung oder die Förderung gewaltsamer Umstürze andere Staaten unter Druck setzt, gefährdet den Weltfrieden. Auch die UN-geführten Militärmissionen, versehen mit einem Kampfmandat nach Kapitel VII, müssen kritisch aufgearbeitet werden. Konfliktprävention, Friedensdiplomatie und Abrüstung müssen wieder Kernelemente der UNO werden, verbunden mit einem deutlichen Ausbau konfliktpräventiver und vertrauensbildender Mechanismen.

Deutschland muss sich dafür einsetzen, dass das Gewaltverbot der Charta nicht weiter untergraben wird, sondern von allen UNO-Mitgliedern, auch von allen NATO-Mitgliedern und europäischen Ländern, anerkannt wird. Gleichzeitig muss die Instrumentalisierung des Sicherheitsrates zur völkerrechtlichen Legitimation von interventionistischen Angriffskriegen verhindert werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

dazu beizutragen, dass die UNO wieder zum Zentrum außen- und friedenspolitischer Beratungen und Entscheidungen und somit gegenüber der NATO gestärkt wird, und in diesem Sinne

1. den Appell von António Guterres für einen globalen Waffenstillstand aufzugreifen und Friedensbotschafterinnen und -botschafter in alle Konfliktregionen zu entsenden, die Waffenstillstandsabkommen aushandeln und politische Lösungen, die auch lokale Friedenskräfte einbeziehen, befördern;
2. mit eigenem Beispiel voranzugehen und deutsche Rüstungsexporte mindestens an alle Länder, die an Kriegen und militärischer Eskalation beteiligt sind, sofort zu stoppen;
3. sich dafür einzusetzen, dass die Ausgaben der UNO für Militäreinsätze zugunsten der Mittel für Hungerbekämpfung, friedliche Konfliktbearbeitung und zivile Krisenprävention gesenkt werden;
4. eine globale Abrüstungsinitiative mit anzustoßen, in der für alle Mitgliedstaaten verbindliche Abrüstungsziele zugunsten menschlicher Entwicklung festgelegt werden;
5. auf den Erhalt aller bestehenden Verträge und Abkommen zur Rüstungskontrolle zu drängen, im Sicherheitsrat Gespräche über neue atomare und konventionelle Rüstungskontroll- und Rüstungsbegrenzungsvereinbarungen voranzutreiben und die USA öffentlich und nachdrücklich zur Rückkehr in die Verträge der nuklearen Rüstungsbegrenzung aufzufordern;
6. in diesem Zusammenhang das Angebot Russlands, das New-Start-Abkommens mit den Vereinigten Staaten von Amerika zur Begrenzung strategischer Atomraketen um ein Jahr zu verlängern, zu unterstützen;
7. dem Atomwaffenverbotsvertrag, der nach der Ratifizierung durch Honduras am 22. Januar 2021 in Kraft treten wird, beizutreten und alle EU- und NATO-Mitgliedstaaten aufzufordern, ebenfalls beizutreten;
8. sich in der UNO für ein Verbot von bewaffneten Drohnen und autonomen Kampfrobotern einzusetzen;

9. eine Initiative im UNO-Sicherheitsrat einzubringen, um alle von der UNO verhängten Wirtschaftssanktionen bis auf weiteres auszusetzen und ihre Auswirkungen auf die wirtschaftliche, soziale und gesundheitliche Situation der Menschen in den betreffenden Ländern zu überprüfen, sowie in der EU und gegenüber den USA auf die Beendigung einseitiger Wirtschaftssanktionen zu drängen;
10. die regelmäßigen Mittel an das Welternährungsprogramm und die Weltgesundheitsorganisation, insbesondere die nicht zweckgebundenen Zuweisungen, erheblich zu erhöhen;
11. die Reformierung und Demokratisierung der UNO, insbesondere die Stärkung der Kompetenzen der Generalversammlung sowie der wirtschaftspolitischen globalen Regelungskompetenzen zum Beispiel durch die Einrichtung eines globalen Wirtschaftsrats voranzutreiben;
12. ein neues, gerechtes Handelsregime unter dem Dach der UNO zu etablieren, das die von der Weltgemeinschaft verabschiedeten nachhaltigen Entwicklungs- und Klimaschutzziele befördert;
13. die UNO-Missionen zu entmilitarisieren und eine Initiative für ein internationales ziviles Hilfskorps für Kriseneinsätze bei Pandemien und Naturkatastrophen anzustoßen, zu dem Deutschland seinen Beitrag leistet, sowie
14. in Anlehnung an die UNO-Resolution 1325 dafür zu sorgen, dass in allen Friedensverhandlungen und -prozessen aktiv, sowohl auf Seiten der Konfliktparteien als auch aus der Zivilgesellschaft, Frauen und Frauenorganisationen gleichberechtigt beteiligt werden.

Berlin, den 27. Oktober 2020

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion